Presseinformation

22. August 2003

Kranzl zur Situation der NÖ Pflichtschulen 2003/2004

„Beim Finanzausgleich Maßnahmen zur Sicherung der Standorte“

Nach der im Frühsommer entstandenen Verunsicherung um bis zu 37 von einer Schließung bedrohte Schulstandorte sei es nach Verhandlungen mit dem Landesschulrat und den betroffenen Gemeinden bzw. 21 Anträgen auf Änderung der NÖ Schulsprengel-Verordnung gelungen, dass im Schuljahr 2003/2004 in Niederösterreich keine einzige Schule geschlossen werden müsse, sagte Landesrätin Christa Kranzl heute in St. Pölten. Das sei aber nur eine auf ein Jahr befristete Lösung, ohne Maßnahmen zur Sicherung von Schulstandorten im nächsten Finanzausgleich stünde man nächstes Jahr wieder vor der selben Situation.

Die „Kopfquote“, die Stellenplanrichtlinie des Bundes für Landeslehrer, wirke sich jetzt negativ aus, so Kranzl weiter. Die Verringerung um 321 Lehrerposten sei nur zu 58 Prozent auf die von 133.491 auf 131.215 gesunkene Schülerzahl, zu 42 Prozent aber auf die reduzierte Mittelbereitstellung nach den Bedingungen des Finanzausgleiches 2001 zurückzuführen. In Verbindung mit dem Geburtenrückgang komme es jetzt zu einer drastischen Erhöhung der Klassenschülerzahlen, Klassenzusammenlegungen und Abteilungsunterricht. 25 Standorte in Niederösterreich würden nur noch einklassig geführt.

Während die niederösterreichischen Gemeinden ihren Aufgaben als gesetzliche Schulerhalter vorbildlich nachkämen, verabschiede sich der Bund zusehends von seinen Aufgaben, so Kranzl. Die Erhaltung von Schulen im ländlichen Raum sei für das Überleben vieler Gemeinden lebensnotwendig, mittelfristig könne oft wieder mit einem Zustrom an Schülern gerechnet werden, voreilige Schließungen seien daher kontraproduktiv.

Bei den nächsten Finanzausgleichsverhandlungen müsse besonderes Engagement gegenüber dem Finanzminister an den Tag gelegt werden; u.a. fordert Kranzl einen Zuschlag für Kleinstschulen und zusätzliche Stunden für Stützungslehrer. Auch soll die Klassenschülerhöchstzahl von 30 auf 25 gesenkt werden, eine Volksschulklasse könne bereits ab 22 Kindern „kostendeckend“ geführt werden.

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit
www.noe.gv.at/presse
E-Mail: presse@noel.gv.at
E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

Parallel dazu müsse es familienpolitische Maßnahmen wie einen weiteren Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, die Wiedereinführung der Kinderbetreuungsmilliarde, eine Forcierung der altersgemischten Gruppen in den Landeskindergärten und Anreize für Frauen wie eine Anpassung von Kündigungsschutz und Zuverdienstgrenze geben, um den Geburtenrückgang abzufangen. Auch an ihre Vision einer kostenlosen Kinderbetreuung erinnerte Kranzl in diesem Zusammenhang.

In der Bildungspolitik dürfe nicht allein der Sparstift das Sagen haben, „Schule neu“ habe sich an den Bedürfnissen der Schüler, der Gesellschaft und der Arbeitswelt zu orientieren. Schule nur „billiger“ zu machen, stelle das gesamte Bildungssystem in Frage. Gute Schulqualität zum Nulltarif werde es niemals geben, so Kranzl.

E-Mail: presse@noel.gv.at